

# Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Beste Stellung des Bezirkes

**Bezugspreis:** Vierteljährlich 2 Mk. ohne Porto. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. — Gemeindeverbands-Konto Nr. 3. — Postfachkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

**Anzeigenpreise:** Die in der ersten Spalte gesetzte Anzeigen sind im amtlichen Teil (aus dem Gebiete) die Zeile 200 Pfg. — Einzelnummern 200 Pfg.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 240

Donnerstag den 13. Oktober 1921

87. Jahrgang

## Amtliche Bekanntmachungen.

### Hundesperre.

Am 7. 10. 1921 ist in Ammelndorf bei einem Hunde, der nachweisbar mindestens einen Menschen gebissen hat, die Tollwut festgestellt worden.

Es wird daher gemäß § 114 der Ausführungsverordnung des Bundesrats zum Viehseuchengesetz vom 7. 12. 11 und der Verordnung zur Abwehr und Unterdrückung der Tollwut vom 2. Januar 1911 (Ges.- u. B.-D.-Bl. Seite 9)

bis zum 6. Januar 1922

ein Sperr- und Beobachtungsgebiet gebildet.

Der Sperrbezirk umfaßt die Gemeinden Ammelndorf, Hengersdorf, Schöpsfeld, Sadisdorf, Reichenan

In das Beobachtungsgebiet gehören die Gemeinden Schmiedeberg, Niederyöbel, Hermendorf i. E., Seyda, Kipsdorf, Bärenfels, Oberearsdorf, Neundorf und Reichstädt.

1. Im Sperrbezirk sind sämtliche Hunde an solchen Orten festzusetzen oder sicher einzusperren, die fremden Hunden nicht zugänglich sind. Der Festlegung gleichzusetzen ist das Führen der mit einem sicheren Maulkorbe versehenen Hunde an der Leine.

Die Benutzung der Hunde zum Ziehen ist unter der Bedingung gestattet, daß sie fest angeharrt, mit einem sicheren Maulkorbe versehen und außer der Zeit des Gebrauches festgelegt werden. Die Verwendung von Hirtenhunden zur Begleitung von Herden und von Jagdhunden bei der Jagd ist unter der Bedingung gestattet, daß die Hunde außer der Zeit des Gebrauches (Jagdhunde außerhalb des Jagdreviers) festgelegt oder mit einem sicheren Maulkorbe versehen, an der Leine geführt werden.

Die Ausfuhr von Hunden aus dem Sperr- und Beobachtungsbezirk ist nur mit polizeilicher Erlaubnis nach vorheriger tierärztlicher Untersuchung gestattet. Alle Hunde, die im Sperrbezirk ohne Maulkorb frei umherlaufen betroffen werden, sind einzufangen und in sicheren Gewahrsam zu bringen. Die Entscheidung darüber, ob sie zu töten sind, behält sich die Amtshauptmannschaft, an die deshalb unverzügliche Anzeige zu erstatten ist, für jeden einzelnen Fall vor. Die Gendarmerie und die Ortspolizeibehörden werden angewiesen, umherlaufende Hunde ohne Maulkorb, die sich nicht fangen lassen, ohne weiteres zu erschließen.

2. Im Beobachtungsgebiete ist es gestattet, die Hunde entweder ohne Maulkorb an der Leine oder mit einem sicheren Maulkorb unter dauernder Überwachung frei laufen zu lassen.

3. Im übrigen sind alle Hunde und Katzen, die von dem wulfranken Hunde gebissen worden oder auch verdächtig sind, von dem Tiere gebissen worden zu sein, sofort zu töten.

Zur Prüfung darüber, daß den vorstehenden Bestimmungen nicht entgegengehandelt wird, haben die Ortspolizeibehörden öfters Umgänge des Kavalliers anzuordnen.

4. Verdächtige, auf Tollwut hindeutende Erscheinungen an Hunden oder Katzen sind sofort zur Kenntnis der Gemeindebehörden zu bringen, die hieron ungekündet an die Amtshauptmannschaft Anzeige zu erstatten haben.

5. Jeder Hundemaulkorb muß nach dem Auslegen im Gemütszustand mittels eines Lederriemens am Halsband des Hundes befestigt sein.

Bei allen Hundemaulkörben darf der vordere Teil nicht bloß durch ein über den Halsrand liegendes Metall- oder Lederband getragen, sondern muß außerdem durch ein vom Genick über die Mitte der Stirn bis mindestens zur Nasenwurzel gehendes dergleichen Band in seiner Lage erhalten werden.

An Hundemaulkörben, welche nicht aus Metall hergestellt sind, müssen wenigstens die den vorderen Teil des Kopfes quer, senkrecht oder schräg umgehenden Riemen mit sorgfältig und fest aufgenieteten Metallbändern gepanzert sein.

6. Zuwiderhandlungen werden nach den gesetzlichen Bestimmungen bestraft. Die Ortspolizeibehörden haben die Anordnung der Hundesperre sofort ortsüblich bekannt zu machen und die strengste Befolgung der Maßnahmen sorgsam zu überwachen.

Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde, am 10. 10. 1921.  
Nr. 1026 G.

Freitag, den 14. Oktober 1921 abends 8 Uhr

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten zu Dippoldiswalde.

Tagesordnung hängt im Rathause aus.

## Vertikales und Sächsisches

Dippoldiswalde. Der schon längere Zeit andauernde Streik in der Metallindustrie ist nunmehr nach Verhandlungen erfreulicherweise beendet worden und wurde die Arbeit, soweit es bei den einzelnen Abteilungen in den verschiedenen Betrieben möglich war, wieder aufgenommen.

— Tagesordnung für die 20. Stadtverordneten-Sitzung Freitag den 14. Oktober, abends 8 Uhr. A) Öffentliche Sitzung: Abrechnung über den Obstverkauf. — Kenntnisnahme vom Verkaufe des Mietwohnhauses an der Altenberger Straße. — Kenntnisnahme vom Schriftwechsel mit dem Ueberlandstromverband, Stromunterrechnung betr. — Gaspreiserhöhung. — Drucklegung der Stadtkronik. — Wahl eines Mitgliedes in den Wohnungsausschuß. — Herstellung des Müllerschuldbuches. — Wasserzins für Lokomotivspeisewasser. — 6 Vorlagen des Flurausschusses über Verpachtung von Grundstücken und Rügungen. — B) Nicht-öffentliche Sitzung.

— Die Tollwut ist leider auch in unserem Verwaltungsgebiet zum Ausbruch gekommen, wie die Bekanntmachung in heutiger Nummer besagt. In Ammelndorf ist dieselbe festgestellt worden an einem Hunde, der mindestens einen Menschen gebissen hat. Die Sperr- und Beobachtungsbezirke sind aus der betr. Bekanntmachung zu ersehen.

— Stern-Lichtspiele. Am heutigen Mittwoch wird in „Cabiria“ ein Filmwert von außerordentlicher Länge (8 Akte, darunter mehrere in 2 Teilen) aber auch von packender Wirkung gezeigt werden. Der Film ist italienischen Ursprungs, wurde bereits vor dem Kriege hergestellt, konnte und durfte aber erst jetzt eingeführt werden. Die Streifen selbst sind noch neu, kaum 2 oder 3 mal gelaufen. Das Werk ist die Geschichte eines Römerräubers, das während eines Aetna-Ausbruches nach Karthago verschleppt wird und dort dem Moloch geopfert werden soll. Unter mancherlei Gefahren wird er gerettet, und kommt als Sklave an den Hof der Fürstentochter Sophonisbe, der sie auch an den Hof nach Syria folgt. Als dann der Untergang Syrias und Karthagos naht, soll sie doch noch dem Moloch dargebracht werden. Doch ein gütiges Geschick bewahrt sie davor und bringt ihr Befreiung. Einzelne Szenen sind ganz hervorragend dargestellt, der Aetna-Ausbruch z. B. in der Natur aufgenommen. Der feuerstehende Krater und die glühende, tafließende Lava geben wunderbare Bilder. Auch altägyptisch-karthagische Geschichte (Der Kampf um die Welt Herrschaft) und geschichtliche Begebenheiten (Archimedes Taten) ziehen an des Beschauers Auge vorüber. Nach der gestern Abend gehaltenen Vorführung kann ein Besuch dieses Wertes, die auch Jugendlichen unter 18 Jahren gestattet ist, nur warm empfohlen werden.

— Die „Sächsische Staatszeitung“ schreibt: Mißstände in der Kartoffelbelieferung. Die Preisbildung auf dem Kartoffelmärkte hat in Sachsen in der letzten Zeit Formen angenommen, die zu schweren Bedenken Anlaß geben. Obgleich die beim Landeskulturrat eingerichtete, aus Erzeugern, Verbrauchern und Händlern zusammengesetzte Preisoberwachungskommission ständig in der Tagespresse die Preise veröffentlicht, die unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Verhältnisse als angemessen anzusehen sind, gehen aus vielen Teilen des Landes Klagen darüber ein, daß die Erzeuger zu diesen Preisen keine Kartoffeln abgeben. Solche Mißstände abzustellen, sind vor allem die Verbraucher und Händler selbst in der Lage, indem sie es vermeiden, höhere Preise zu bieten und sich weigern, geforderte höhere Preise zu zahlen. Im übrigen müssen die Verbraucher aber auch bei ihren Wünschen auf Belieferung berücksichtigen, daß die Kartoffelernte noch im Gange ist und die Landwirte neben anderen im Herbst unausschiebbaren Feldarbeiten in großem Umfange die Neubestellung der abgeernteten Kartoffelfelder auszuführen haben. Unnötiges, für die Preisbildung aber dies nachteiliges Drängen ist um so weniger am Platze, als sich erfahrungsgemäß die Winterernte mit Kartoffeln in der Regel bis Mitte Dezember ausführen läßt.

Reinhardtsgymnasium. Sonntag den 16. Oktober gibt die Gruppe Dippoldiswalde des Sächs. Elbgau-Sängerbundes ein Konzert im hiesigen Gasthof. Die Vortragsordnung weist 6 Gesangsstücke auf. Außerdem beteiligen sich 10 Gruppenvereine mit Einzelgesängen, so die Vereine aus Dippoldiswalde, Großhilsa, Pösendorf, Rabenau, Schmiedeberg, Seifersdorf und Wendischcarsdorf. Auch unsere „Liedertafel“ wird sich mit zwei Einzelvorträgen am Konzert beteiligen. Die Leitung der Massensöhre liegt in den Händen des Gruppenleiters, Herrn Ehrenschmeißer A. Regel. Dem Konzert folgt Ball. Da jeder Verein bestrebt sein wird, nur beste Leistungen zu bieten, und die Lieder teils ernst, teils heiter sind, also die Vortragsordnung eine sehr ab-

wechsungsreiche ist, werden die Zuhörer, ein jeder in seiner Art, befriedigt werden können.

Kreischa. Nach den in den letzten Tagen stattgefundenen Wahlen besteht der Gemeinderat aus 4 Bürgerlichen und 8 Sozialdemokraten (darunter 2 UEP).

Dresden. Nach dem statistischen Jahrbuche hat Sachsen einen Flächeninhalt von 14 992,94 Quadratkilometer. Hier-von sind nach der letzten Erhebung landwirtschaftlich 10 281,44 Quadratkilometer benutzt. Die größte Ausdehnung des Landes beträgt von Ost nach West 210 Kilometer, von Nord nach Süd 150 Kilometer. Die Gesamtlänge der Grenzen beträgt 1226 Kilometer, wovon 424 Kilometer auf die Grenzlinien nach Preußen, 285 Kilometer nach den sächsischen Staaten, 30 Kilometer nach Bayern und 487 Kilometer nach Böhmen entfallen.

— Der Landtag tritt am 8. November wieder zusammen.

— Am Montagabend hielt im Dresdner Vereinshaus der bekannte General der Kavallerie Liman von Sanders, der im Herbst 1913 als Chef der deutschen Militärmission nach der Türkei geschickt worden war, einen Vortrag über seine Kriegserlebnisse. Er führte aus, daß man auf deutscher Seite die Hilfe der Türken im Weltkrieg im allgemeinen überschätzt hatte. Trotzdem müsse man sich aber wundern, was für Leistungen dieser Staat trotz der geringen Bevölkerungsdichte und der mangelhaften Verkehrsverhältnisse vollbracht habe. Besonders bei der Verteidigung der Halbinsel Gallipoli gegen die starke englische Landungsarmee unter General Hamilton hätten sich die Türken außerordentliche Verdienste erworben. Die Streitkräfte, die unter dem Befehl Liman v. Sanders kämpften, vertieften in monatelangen beschwerlichen Kämpfen dem übrigen Feinde das Tor nach dem offenen Lande und damit den Weg nach Konstantinopel. Mustafa Kemal-Pascha, der spätere Führer der nationaltürkischen Bewegung, wurde von Liman v. Sanders während der Entscheidungskämpfe auf Gallipoli mit der Führung eines türkischen Korps beauftragt. Damit begann die eigentliche ruhmreiche Laufbahn des jungen Befreiers der Türkei. Nach Kriegsende wurde der deutsche General aus nicht feststellbaren Gründen monatelang auf Malta in geschnitzten Gefängniszellen festgehalten, obgleich ihm von englischer Seite freies Geleit versprochen worden war. Nachdem er lange in diesen unwürdigen Verhältnissen festgehalten worden war, wurde er endlich im August 1919 auf Befehl des Obersten Rates als „Gast der englischen Admiralität“ heimbeordert. Mit einem Mahnwort zu festem Willen und zum Vertrauen auf die Zukunft Deutschlands beendete der General seine interessanten Ausführungen, für die ihm die mehrtausendköpfige Zuhörerschaft begeistert dankte.

Wachwitz. Geldmangel veranlaßt zum Schließen des hiesigen Kinderheims.

Freiberg. Sachsen hat wieder einen Oberberg-hauptmann. Das geschichtlich bedeutsame Amt eines solchen war früher mit dem Direktorium des Oberbergamts in Freiberg verbunden, das Ende 1868 aufgehoben wurde. Letzter Oberberghauptmann war damals Freiherr von Beust. Jetzt ist das Amt wieder neuerrichtet worden, aber — nach preussischem Vorbild — im Finanzministerium in Dresden als oberster Bergbehörde. Ministerialrat Geh. Rat Dr. ing. E. h. Fischer, einstmals Oberdirektor der staatlichen Erbergwerke bei Freiberg, wurde zum Oberberghauptmann ernannt.

Rönigstein. Am Sonntag früh fand man vor dem Restaurant auf dem Pfaffenstein einen jungen Mann tot auf. Derselbe hatte mit mehreren Kameraden in einem Balkonzimmer übernachtet, ist nachts aufgestanden und wahrscheinlich im Dunkeln auf den Balkon geraten und über die Brüstung abgestürzt.

— Der Liebesthaler Grund wird abgeschlossen durch einen Felsvorsprung, dessen Abbau beabsichtigt war. Dadurch hätte das reizvolle Tal viel an Schönheit verloren. Den Bemühungen der Amtshauptmannschaft Pirna ist es auf Anregung des Landesvereins Sächsischer Heimatschutz gelungen, gegen eine von diesem geleistete Entschädigung den Felsvorsprung zu erhalten.

Waldheim. Am Sonnabend hat sich ein junger Mann nachmittags in dem Augenblicke, als ein Schnellzug den Diederhainer Viadukt durchfuhr, von dem 54 Meter hohen Viadukt abgestürzt. Die Reisenden des Zuges waren zum Teil Zeugen des Vorfalles. Der junge Mann trug schwere Verletzungen davon, denen er bald darauf erlag.

Leisnig. Am 9. Februar 1815 verkaufte Johann Heinrich Seidel sein Haus in der Kirchstraße Nr. 2 und bestimmte, daß 51 Thaler 11 Groschen 7 Pfennige als ein für die Armut in Leisnig beschiedenes Legat auf diesem Hause zu



ewigen Zeiten mit obrigkeitlichem Consens unterpfändlich versichert bleiben, und daß von dem jedesmaligen Besitzer dieses Hauses alljährlich die Zinsen mit 7,71 Mark ausbezahlt werden den 12. Oktober unter die hiesigen 12 Armen, deren Namen sich der jedesmalige Besitzer dieses Hauses 3 Tage vor der Auszahlung durch Anfrage bei der hiesigen Stadtdirektion gehörig bekannt zu machen hat und solche Arme dabei das Lied „Auf Gott und nicht auf meinen Rat“ usw. in diesem Hause singen, wobei zu gedenken, daß, wenn etwa einer der künftigen Besitzer dieses Hauses gedachte Zinsen nicht ordentlich und zur bestimmten Zeit auszahlen würde, derselbe sodann das Doppelte jener Zinsen und folglich 15,42 Mark an obengedachte 12 Arme zu bezahlen gehalten sein soll.“ Auf jeden der 12 zu bedenkenden Armen entfallen also 65 Pf. Bei der heutigen Geldentwertung wird es wohl schwer halten, daß stiftungsgemäß weiter gesungen wird.

**Schwarzenberg.** In der letzten Sitzung des Bezirksausschusses wurde beschlossen, beim Ministerium des Innern wegen Abänderung der Richtlinien für die Wohnungsluxusbesteuerung vorstellig zu werden, um einen höheren Ertrag erzielen zu können.

**Elsterberg.** Der 12 Jahre alte Sohn des Buchhalters Grimm hier spielte mit anderen Kameraden in einem Schuppen an der Adelsstraße. Dabei fiel ein angelehntes großes Schwungrad um. Der Knabe kam darunter zu liegen und wurde totgedrückt.

**Eibenstock.** Im Wildenthaler Forstrevier wurde der Handarbeiter P. aus Eibenstock von einem Forstbeamten beim Wildern ertappt. Er setzte sich heftig zur Wehr und versuchte seine Munition zu verstecken. Nach längerem Kampfe wurde er überwältigt und dem Amtsgericht zu Eibenstock zugeführt.

**Schneeberg.** Im hiesigen Stadtwalde hat der Wohlfahrtspflegeverband Schneeberg-Griesbach mit weitgehender Unterstützung des Landesamtes für Kriegerversorgung in Dresden eine fremdliche Halle als Liegestühle für Kinder, die durch lange Krankheit, starke Winterarmut und Unterernährung in Gefahr stehen, lungenleidend zu werden, dient, errichtet.

**Markneukirchen.** Der Streik der Instrumentenbauarbeiter ist nach 16 tägiger Dauer und nachdem die Fabrikanten sich bereit erklärt hatten, ab 1. November erhöhte Löhne zu zahlen, beendet. Die Arbeit wurde bereits in allen Werkstätten wieder aufgenommen.

**Zwickau.** Für den Erzgebirgischen Steinkohlenbauverein, dessen Werke der Stadt Zwickau gehören, wird hier ein mächtiges Verwaltungsgebäude errichtet. Gegenwärtig hat der Verein den Sitz in Schedewitz. Er wird hierher verlegt, da durch die beiden Zwickauer Kohlenwerke Vereinsglück und Bürgergewerkschaft mit dem Erzgebirgischen Steinkohlenbauverein vereinigt worden sind.

**Zwickau.** Bei der Eröffnung der hiesigen Sarrafantchau war der Ansturm so gewaltig, daß die Absperrung und Verkehrsregelung mit Hilfe der Sarrafant-Elefanten vorgenommen werden mußte. Die beiden Dickhäuter-Riesen Jumbo und Jenny legten eine mustergültige Ruhe an den Tag.

— Auf dem Schießstand der Schützengesellschaft ist die Fernsprechleitung zerschnitten und 70 Meter Bronzedraht gestohlen worden.

## Gefahr im Verzuge.

Durch Krieg und Friedensvertrag, durch das politische Spielen und Jonglieren mit lebendigen Völkern, Länderstücken, ja mit ganzen Nationen, scheint die Welt jedes vernünftige Wertmaß der Dinge verloren zu haben. Was unter dem Titel des Rechts heute geschieht, das ist mehr als einfaches Unrecht, das ist vielmehr ein Beweis, daß der Begriff von Recht und Unrecht einfach abhanden gekommen ist. Das Gesetz des Rechts an sich ist tot, an seine Stelle ist das Gesetz der Zweckmäßigkeit, des Vorteils, der politischen Rücksichten getreten.

Ist der ganze Handel um Oberschlesien anders zu erklären? Daß überhaupt noch ein Zweifel möglich war nach der Abstimmung, die, als Ganzes genommen, ganz Oberschlesien Deutschland bestimmte? Was heute aus Genf als „Lösung“ gemeldet wird, ist politischer und wirtschaftlicher Irrsinn. Denn aus all den möglichen und unmöglichen Gerüchten schält sich der voraussetzliche Vorschlag der Viererkommission heraus. Eigentlich sind es zwei Vorschläge, einer so unmöglich wie der andere, nicht nur für Deutschland, auch für Oberschlesien und seine Industrie selbst, wie auch für Polen. Die Sporna-Vinie würde das Industriegebiet abgetrennt von Deutschland, polnischer Souveränität unterstellt, wirtschaftliche Autonomie, deutsche Währung, Verkehrseinheit mit Deutschland. Man möchte lachen und an das Phantasieprodukt eines Irren glauben. So weltfremd bürokratisch, so bar jeder Kenntnis der ober-schlesischen Verhältnisse können doch unmöglich die oler Männer des Völkerbundes sein. Das würde völlige Ballanisierung des Ostens, völlige Volksewigkeit des ober-schlesischen Volkes, Untergang der ganzen Wirtschaft bedeuten.

Die Meinung, daß selbst der Völkerbundsrat von diesem Produkt wenig erbaut ist, klingt nicht unwahrscheinlich. So wäre es auch begreiflich, wenn der Völkerbundsrat, an diesem toten Punkt angelangt, sich hilflos bereits nach London und Paris gewandt hat. Damit aber hätte er seine Zuständigkeit und Fähigkeit für die Lösung selbst verneint und die Sache wieder an den Obersten Rat zurückgegeben. Und dann?

Inzwischen deuten alle Anzeichen darauf hin, daß die Polen die „Lösung“ noch einmal selbständig und ohne Obersten Rat versuchen wollen. Die polnischen Blätter in Oberschlesien bringen Alarmnachrichten über einen zu erwartenden bewaffneten deutschen Aufstand. Dieser Aufstand soll sogar, wie der „Gontec“

zu melden weiß, nach Deutschland übertragen werden, um die Republik zu stürzen und die Monarchie wieder zu errichten. Und die Polen rufen angelehnt dieser deutschen Luftlandgefahr wieder zum Selbstschutz, zu einer Notwehraktion auf. Mit einer Proklamation der Polnischgeflunten sollte es anfangen. Also wieder eine „Notwehraktion“ der Polen wie bei dem letzten furchtbaren Aufstand. Oberschlesien steht wieder vor einem polnischen Aufstand, der endlich endgültige, vollendete Tatsachen schaffen will. Diese Gefahr ist der Interalliierten Kommission so bekannt, daß sie eine strengere Überwachung der Grenzen erneut angeordnet hat. Wobei französische Truppen die polnische Grenze betreten.

Die nächsten Tage werden entscheiden, ob noch Recht und Vertrag auf der Welt und im internationalen Verkehr der Völker untereinander Geltung hat oder nicht. Wird das Recht gebrochen, so ist es nicht nur für uns Deutsche allein, sondern für ganz Europa. Das werden die Folgen zeigen. Ein Vertrag bindet beide Teile, bricht einer den Vertrag, dann ist er für den anderen auch gebrochen.

## Die drohende Weltkrise.

**Der Ruf nach einer neuen Weltkonferenz.**

Die englische Presse beschäftigt sich sehr eingehend mit der vom Reichkanzler in seiner Rede in Offen-burg zum Ausdruck gebrachten Hoffnung auf eine nicht allzu ferne Konferenz zur Erörterung der drohenden Weltkrise. Der Vorschlag des Kanzlers findet um so mehr Beachtung, als zu gleicher Zeit auch der französische Ministerpräsident in Saint Nazaire den Wunsch äußerte, daß die Großindustriellen und Staatsmänner der gesamten Welt bald die Notwendigkeit einer Solidarität untereinander empfinden möchten im Interesse eines jeden Landes, damit die Aufmerksamkeit der Welt auf die Notwendigkeit einer Regelung der Lage gerichtet werde, in die niemals Gleichgewicht gebracht werden könne, wenn nicht in der gesamten Welt Solidarität herrsche.

„Ball Mall and Globe“ schreibt unter der Ueberschrift „Der Ruf nach einer neuen Weltkonferenz“, eine Politik eines allgemeinen Wiederaufbaues der ganzen Welt sei dringend notwendig. Von vielen Seiten komme die Forderung nach einer Weltkonferenz zur Untersuchung der besten Mittel zur Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts der Mächte und zur Beseitigung des drohenden Zusammenbruchs. Die Probleme, die die unmittelbare Aufmerksamkeit der Politiker, Handelsfachverständigen und Arbeiterführer in Anspruch nehmen, seien das Ergebnis einer außerordentlichen Lage, von der der Niedergang im Handel und die Arbeitslosigkeit nur Symptome seien, so gut wie alle Länder der Welt unter erdrückenden Schulden und schwankenden Währungen, die zu wilder Spekulation führten, litten. Insbesondere in Berlin zeige sich das Spekulationsfieber. Alle Sachverständigen bräkten die Befürchtung aus, daß ein Zusammenbruch nahe bevorstehe.

Die britische Geschäftswelt ist eifrig auf der Suche, um die drohende Katastrophe, in die auch die übrigen Staaten unweigerlich mit hineingerissen würden, noch in letzter Stunde abzuwenden. Vor allem soll auf Streichung der Kriegsschulden unter den Alliierten gedungen werden, weil diese die wirtschaftliche Wiederherstellung behindern. Daneben plant die britische Geschäftswelt eine internationale Aktion zur Bekämpfung der Nachteile der augenblicklichen Währung und schwankenden Wechselkurse, als deren Hauptursache Lloyd George in seiner letzten Rede vor allem den Tiefstand der deutschen Valuta bezeichnet hat. Hier vor allen Dingen wird der Hebel angesehen werden müssen, wenn der Wiederaufbau der ganzen Welt gelingen soll. Die hoffnungslose Schuldeneintreibung muß, wie die „Westminster Gazette“ kürzlich sehr treffend ausführte, endlich aufgegeben werden, nachdem man mit der Politik der Rücksichtslosigkeit und Unterdrückung des Wirtschaftslebens der ganzen Welt in seinen Grundfesten erschüttert hat und seinen Zusammenbruch in die bedrohliche Nähe gerückt hat. Deutschland ist der Schlüssel der ganzen Welt.

## Das Geheimnis von Genf.

**Noch keine Entscheidung des Viererrates.**

Ueber den Verhandlungen des Völkerbundes über Oberschlesien schwebt ein undurchdringliches Dunkel. Die Entscheidung der Viererkommission, die nach französischen Pressemeldungen bereits zugunsten Polens gefällt worden sein soll, steht immer noch aus. Wie es heißt, sollen Italien und England wegen der Zuteilung von Skatowitz und Königshütte an die Polen Einspruch erhoben haben. In Paris bestreitet man dagegen, daß die Alliierten Kenntnis von den Beratungen des Viererrates erhalten haben sollen. Die bis in die kleinsten Einzelheiten gehenden Erörterungen der Pariser Presse lassen andererseits darauf schließen, daß die augenblicklich in Genf zur Beratung stehenden ober-schlesischen Teilungsprojekte in jedem Falle eine schwere Schädigung Deutschlands in sich bergen.

**Entscheidung frühestens am Mittwoch.**

Wie der Genfer Korrespondent des „Temps“ meldet, hat bisher kein vollständiges Einvernehmen unter den vier Mitgliedern des Völkerbunds-ausschusses hergestellt werden können. Die Vorlage des von ihnen ausgearbeiteten Entwurfs im Völkerbundsrat, die schon am Montag hätte stattfinden sollen, ist auf Mittwoch verschoben worden. Wenn die Meinungsverschiedenheiten bis dahin beseitigt sind, wird der Völkerbundsrat frühestens am Mittwoch zu einer außerordentlichen Sitzung zusammentreten, um von dem Ergebnis der Beratungen der Viererkommission Kenntnis zu nehmen. Am gleichen Abend werde er sich über die dem Obersten Räte zwecks Teilung Oberschlesiens „zu empfehlende Lösung“ einigen. Das Gutachten des Völkerbundsrates werde telegraphisch dem Vorsitzenden des Obersten Rates, Wilson, mitgeteilt werden.

**Oberschlesien — Rabinettfrage.**

An Regierungskreisen wird die politische Lage all-

sehr ernst bezeichnet. Sofort nach der Ankunft des Reichskanzlers, der ursprünglich die Absicht hatte, noch einige Tage auf Urlaub in seiner badischen Heimat zu bleiben, mit Rücksicht auf die beunruhigenden Gerüchte über eine bereits erfolgte Entscheidung über Oberschlesien seinen Erholungsurlaub vorzeitig unterbrochen, wurde noch abends halb elf Uhr das Kabinett zu einer Sitzung zusammenberufen, die sich bis 1 Uhr nachts ausdehnte. Sämtliche Minister nahmen daran teil. Außenminister Dr. Rosen berichtete über den Stand der ober-schlesischen Frage. Das Kabinett dürfte sich natürlich auch mit den innerpolitischen Folgerungen beschäftigt haben, die aus einer für Deutschland ungünstigen Entscheidung zu ziehen wären. Es steht heute schon fest, daß eine Besetzung Oberschlesiens vom Deutschen Reich den Rücktritt der Regierung Wirth zur Folge haben würde. Bis in die Reihen der Sozialdemokraten ist man sich klar darüber, daß, wenn in Genf eine Entscheidung fällt, die Oberschlesien zerteilt, auch eine Niederlage des republikanischen Kabinetts Wirth sicher ist. Keine Regierung könnte die Verantwortung für die Erfüllung des Friedensvertrages und des Wiesbadener Abkommens übernehmen, wenn Deutschland der ober-schlesischen Proklamation verbannt wird.

**Einberufung des Auswärtigen Ausschusses.**

Den Ernst der Lage kennzeichnet auch die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages, der am Mittwoch unter dem Vorsitz des Abg. Stresemann in Berlin zusammentreten wird. In diesem Ausschuss dürften wohl alle Fraktionen die Gelegenheit zu Protesten gegen die Pläne benutzen, die aus Genf über das Schicksal Oberschlesiens bekannt geworden sind. Weiter wird man der Entente wohl nochmals klarlegen, daß Deutschland seine Reparationsverpflichtungen nicht einhalten kann, wenn ihm die ober-schlesische Kraftquelle genommen wird. In diesem Sinne dürften wohl auch die deutschen Arbeitervertreter in letzter Stunde noch auf Klärung in England zu wirken versuchen, die am Montag nach London abgereist sind.

**Anerkennung der Völkerbundsentscheidung durch England.**

Falls, was wir nicht hoffen wollen, in Genf eine für Deutschland ungünstige Entscheidung getroffen werden sollte, so würde die deutsche Abordnung in London kaum noch etwas ausrichten können, denn Lloyd George läßt durch den ihm nahestehenden „Daily Chronicle“ nochmals ausdrücklich erklären, daß die englische Regierung ihr Wort gegeben habe und die den Schicksalspruch des Völkerbundes annehmen wird, wie er gefällt wird.

## Bedenklicher Wagenmangel.

**Gefährdung der Ernährung.**

Kartoffeln sind nicht abzutransportieren; Dünge- der Landwirtschaft kaum rechtzeitig zu beschaffen; Mais steigt im Preise, da trotz großer Vorräte in den Datsenstädten der Abtransport unmöglich ist. In Pommern können nach Mitteilung der Eisenbahndirektion Stettin kaum 10 Prozent der für Kartoffeltransport angeforderten Wagen gestellt werden. Nach dem Fortfall von Posen und der Erschwerung der ostpreussischen Zufuhr durch den polnischen Korridor und durch Eisenbahntarife, die den Transport unrentabel machen, kommt Pommern für die Kartoffelbelieferung des Reiches in erster Linie in Betracht, zumal die schlesische Kartoffelernte schlecht ausgefallen ist. Für die Kartoffeln ist die jetzige Verladezeit die einzig mögliche. Die Zeit vor Eintritt der Nachfröste muß zur Versorgung der Verbrauchsgebiete genutzt werden, wenn im Winter kein Kartoffelmangel eintreten soll. Im Winter können keine Kartoffeln transportiert werden. Die Landwirtschaft hat sich rechtzeitig um die Waggonstellung gekümmert. Ihr lag daran, die Kartoffeln bald los zu werden. Beim ersten Frühfrierwerden des Waggonmangels hat sie daher auch die verantwortlichen Behörden unter Darlegung der für die Winterversorgung der Städte entstehenden Schwierigkeiten darauf aufmerksam gemacht, ohne daß bisher Abhilfe geschaffen ist.

In früheren Jahren wurden zur Verbesserung der Kartoffeltransporte in die Klasse Ia der Dringlichkeitsliste eingereiht; außerdem wurden geschlossene Züge gebildet und diese zu den Bedarfsbezirken durchgeführt. Hier muß seitens der zuständigen Ministerien schleunigst eingegriffen werden, um der nach oben gerichteten Preisbewegung zu begegnen. Nichtdieselbe- derartige Maßnahmen des vergangenen Jahres, zu denen kürzlich auch Braunschweig gegriffen hat, bringen nur noch mehr Störungen in das Viefergeschäft und beeinträchtigen die Versorgung der Stadtbevölkerung.

## Politische Rundschau.

— Berlin, 12. Oktober 1921.

— Die Besprechungen zwischen dem Reichskanzler Dr. Wirth und den Vertretern der Industrie über die Ausbringung der weiteren Goldmilliarden werden voraussichtlich am Donnerstag stattfinden.

— Die Interalliierte Kommission in Oppeln hat die Bezeichnung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ sowie das Erscheinen der „Rundschau“ in Ratibor aus unbekanntem Gründen vom 11. bis 25. Oktober verboten.

— Nach einer Meldung aus Luxemburg soll die deutsche Regierung der luxemburger Regierung zu wissen gegeben haben, daß sie zur Vergütung sämtlicher durch die Befehle seitens der deutschen Truppen erwachsenen Schäden bereit ist.

— Am 20. Oktober soll eine Untersuchungsreise eines Sachverständigenkomitees in das zerstörte Gebiet Frankreichs unternommen werden, um festzustellen, wie die durch die Waffenstillstandskommission gelieferten deutschen landwirtschaftlichen Maschinen sich bewährt haben.

— Der Bergarbeiterverband gegen den Kartoffelwucher. Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes macht den Reichskanzler in einer Eingabe auf die sich immer mehr steigende Erregung über die hohen Kartoffelpreise im Ruhrgebiet aufmerksam. Breite von



70 bis 80 Mark für den Zentner Kartoffeln seien keine Seltenheit mehr. Bei diesen Preisen sei es unmöglich, daß die Arbeiterschaft Kartoffeln einführen könne. Besonders im rheinisch-westfälischen Industriegebiet sei die Einkellerung eine alteingewohnte Gewohnheit. Nach den amtlichen Berichten sei die Kartoffelernte keine schlechte und seien Kartoffeln genügend vorhanden. Die Gekochungskosten rechtfertigen solche hohen Preise keineswegs. Angesichts der großen Gefahr bittet der Vorstand des Bergarbeiterverbandes den Reichsminister dringend, unverzüglich mit geeigneten Maßnahmen den Kartoffelwucher unmöglich zu machen. Für unbedingt notwendig erachtet wird die Festsetzung von angemessenen Höchstpreisen und eine Erweiterung der Rechte der Preisprüfstellen. Die gleiche Eingabe wurde an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft gerichtet.

**Ein Unterredung mit dem Kronprinzen.**  
Ein Mitarbeiter des holländischen Blattes „De Tyd“ hatte auf Beringen eine Unterredung mit dem ehemaligen deutschen Kronprinzen, wobei dieser u. a. erklärte: Ausschließlich aus beruflichen Gründen gedente ich bis auf weiteres auf Beringen zu bleiben. Natürlich würde ich lieber auf dem Lande wohnen, aber der Stand der deutschen Saluta und auch die Wohnungsnot halten mich davon zurück. Aus denselben Gründen besuchen mich meine Frau und die Kinder einmal im Jahre. Wir schreiben uns einander regelmäßig, zwei- bis dreimal im Monat ausführlich, und ich schreibe auch jedem meiner Jungen im Monat. Meine Frau fährt den Haushalt mit großer Hingebung. Im übrigen wird sie durch die Erziehung der Kinder völlig in Anspruch genommen, denn die Umstände erfordern es, daß alle später selbst einmal ihr Brot verdienen können. Mein ältester Sohn hat schon ein paarmal geschrieben, daß es hohe Zeit für mich sei, selbst die Leitung zu Hause zu übernehmen. Ich werde jedoch so lange in Holland bleiben, bis ich die feste Ueberzeugung gewonnen habe, daß meine Rückkehr keine schädlichen Folgen in Deutschland haben kann. Bis heute habe ich noch mit niemand gesprochen, der mir hätte sagen können, wann ich als Bürger in meinem Vaterland leben könnte, um mich der Erziehung meiner Kinder zu widmen.

**General Rollet über Deutschlands Entwaffnung.**  
Nach dem „Zentralblatt“ ist die Interalliierte militärische Ueberwachungskommission der Ansicht, daß Deutschland sich hinsichtlich seiner Abrüstung nunmehr innerhalb des Versailles Vertrages befindet. Aus den letzten Berichten des Generals Rollet geht hervor, daß noch 102 Geschütze zu zerstören sind, nachdem bereits 32 800 zerstört wurden. 1 Million Tonnen Geschosse sind noch zu zerstören, 34 Millionen Tonnen wurden zerstört; 200 Schiffsgrabenwerfer sind noch zu zerstören, 84 000 wurden zerstört; 180 000 Gewehre sind noch abzuliefern, 4 160 000 wurden abgeliefert; 90 Millionen Patronen sind noch zu zerstören, 350 Millionen wurden zerstört. General Rollet wird sich ausschließlich mit der Schiffsflotte befassen. In alliierten Kreisen glaubt man, daß die deutsche Polizei zu sehr zentralisiert wurde und dezentralisiert werden müsse.

**Verminderung der rheinischen Besatzung?**  
„Chicago Tribune“ meldet, die amerikanische Regierung habe an England, Frankreich und Belgien die Anregung gegeben, die Besatzungstruppen im Rheinlande im Laufe der nächsten Monate um ein Drittel zu vermindern und die Kosten zu verringern, die Deutschland den Alliierten zu zahlen muß. Der Vorschlagsterat wird sich mit diesem Vorschlage in seiner nächsten Sitzung befassen.

#### Ein deutscher Schritt in London.

— **Berlin, 11. Oktober.** Wie von unterrichteter Seite berichtet wird, ist der deutsche Botschafter in London, Dr. Stamer, während seiner Anwesenheit in Berlin beauftragt worden, bei der englischen Regierung eine Demarche zu unternehmen und Lloyd George nicht im Unklaren darüber zu lassen, welche politischen Folgen sich aus einer Abtrennung des ober-schlesischen Industriebezirks von Deutschland ergeben würden. Wie verlautet, haben die diplomatischen Vertreter Deutschlands in den anderen Entente-Staaten ähnliche Weisungen erhalten.

#### 600 Tote und Vermißte in Oppau.

— **Berlin, 11. Oktober.** Der „Nationalzeitung“ wird aus Ludwigshafen gemeldet, daß die Zahl der Toten und Vermißten des Oppauer Unglücks nunmehr nach amtlichen Mitteilungen 600 überschritten hat, nachdem noch mehrere Schwerverletzte in den Krankenhäusern gestorben sind. An Spenden sind bisher über 60 Millionen aufgebracht worden.

#### Strafverfolgung eines Staatsratsmitgliedes.

— **Berlin, 11. Oktober.** Der Preussische Staatsrat hat den Antrag der Kommunisten und Unabhängigen betr. Aussetzung des Strafverfahrens gegen das Staatsratsmitglied Redakteur Schloffer (Komm.) abgelehnt, da er der Ansicht ist, daß den Staatsratsmitgliedern kein verfassungsmäßiges Immunitätsrecht zustehe.

#### Alarmbereitschaft der ober-schlesischen Truppen.

— **Paris, 11. Oktober.** Nach einer Meldung des „Matin“ haben die Truppenbefehlshaber in Oberschlesien die Anweisung ihrer Regierungen erhalten, sämtliche Truppenkontingente vom Mittwoch ab in erhöhte Bereitschaft zu stellen. Vom Tage der Entscheidung der ober-schlesischen Frage durch den Völkerbundsrat wird über Oberschlesien der sogenannte kleine Belagerungszustand verhängt werden, um etwaige Unruhen im Reine zu ersticken.

#### Keine Einmischung der Alliierten?

— **London, 11. Oktober.** Zu den verschiedenen Gerüchten über Empfehlungen mit Bezug auf Oberschlesien erfährt Reuters: Die Lage ist die, daß die Premierminister der Alliierten in Paris erklärt haben, sie würden die Empfehlungen des Völkerbundsrates annehmen. Seit dieser Zeit haben die Mächte keinen Anteil mehr an der Frage genommen, weder direkt noch indirekt.

#### Eröffnung der Irenkonferenz.

— **London, 11. Oktober.** Die irische Konferenz

wurde heute vorm. 11 Uhr eröffnet. Als Sprecher der englischen Abordnung begrüßte Lloyd George die Iren, in deren Namen Griffith antwortete. Die Delegierten gingen darauf sofort an die Arbeit.

#### Die Beschlußfassung in Genf.

— **London, 11. Oktober.** Wie Reuters erfährt, werden die Beschlüsse der für Oberschlesien besonders ernannten Mitglieder des Völkerbunds sofort dem Räte des Bundes in Genf vorgelegt werden. Sobald der Rat diese Beschlüsse bestätigt hat, werden sie dem Obersten Räte unterbreitet werden. Bisher hat die britische Regierung keine Mitteilung über die Beschlüsse und hat auch keine Anfrage deswegen ergehen lassen.

### Rundschau im Auslande.

**Italien:** Infolge der Zwischenfälle aus Anlaß des Besuches der französischen Wiffson in Mailand sind die Kommandeure der Mailänder Polizei und des Gendarmeriekorps entlassen worden.

#### Ungarn: Russisch-ungarischer Gefangenenaustausch.

— **Budapest, 11. Oktober.** Nachdem nunmehr die lettische Regierung die Durchführung des Austauschabkommens zwischen Sowjetrußland und Ungarn übernommen hat, wurden von der ungarischen Regierung 60 in Haft befindliche Kommunisten reisefertig gemacht. Insgesamt werden 2550 in russischer Kriegsgefangenschaft befindliche ungarische Offiziere gegen 400 Kommunisten aus Ungarn ausgetauscht.

#### Belgien: Malmédy — belgische Provinzialhauptstadt.

— **Brüssel, 11. Oktober.** Die belgische Regierung ist bemüht, die ehemals deutschen Kreise Eupen und Malmédy so rasch und eng wie möglich mit dem belgischen Staat verwaehen zu lassen. Aus diesem Grunde hat der belgische Kriegsminister verfügt, daß die Stadt Malmédy Garnison wird und ein Regiment mit Musik erhält. Ferner beabsichtigt die belgische Regierung, in Malmédy ein Regierungsbureau zu errichten und die Stadt zur Hauptstadt des neuen belgischen Gebietes zu machen.

#### Irland: Vor der Entscheidung.

— **London, 11. Oktober.** Kurz vor dem Zusammentritt der Londoner Konferenz hat De Valera eine Proklamation an das irische Volk erlassen, in der er erklärt, die Konferenz werde das Geschick des gesamten Volkes stark beeinflussen und werde es vielleicht bestimmen. Es sei Pflicht aller Irländer, jetzt in Irland zusammenzutreten. Es sei der brennende Wunsch aller Iren, daß der hundertjährige Streit zwischen den Völkern Britanniens und denen des irischen Volkes schließlich zu Ende gebracht werde. Die Sinnenvertreter sind in London angekommen und werden in Downingstreet empfangen werden, wo Lloyd George die Konferenz eröffnen wird. Sie haben Vollmacht, jedes Uebereinkommen abzuschließen. Es unterliegt jedoch der Zustimmung des Sinnen-Parlaments, bezw. des irischen Volkes.

#### Spanien: Siegreicher Vormarsch in Marokko.

— **Madrid, 11. Oktober.** Nach hochsensiblen schweren Kämpfen haben die spanischen Truppen die Höhen des Gurugu, die die Hauptfestung der marokkanischen Rebellen bildeten, erklagen und den Feind verjagt. Hierbei soll der Rebellenführer Abd el Krim, der den Spaniern durch seinen unvermuteten Vorstoß gegen die vorgeschobenen Posten südlich und westlich von Melilla so schwere Niederlagen beigebracht und seine Truppen bis nahe vor die Tore Melillas geführt hatte, gefangen genommen worden sein. Zu gleicher Zeit hätten die Spanier große Mengen Nahrungsmittel und Munition erbeutet.

### Soziales.

**Einigung im Bankgewerbe.** Die Verhandlungen über die Erweiterung des materiellen Teiles des Reichsstarbvertrages im Bankgewerbe haben zu folgendem Ergebnis geführt: Für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1921 werden auhertariflich sofort auszahlende bezw. zu bevorstehende Sonderentwöhnungsbeträgen nachgezahlt bezw. gewährt, die sich insgesamt für Verheiratete auf 2500 Mark, für Ledige auf 2000 Mark, für weibliche Angestellte auf 1700 Mark und für Gehilfen auf 450 Mark belaufen. Jugendliche, d. h. Angestellte unter 20 Jahren (mit Ausnahme der Lehrlinge) erhalten jeweils die Hälfte. Die Kinderzulage wird monatlich um 25 Mark, 30 Mark und 40 Mark während des erwähnten Zeitraumes erhöht. Die Ueberstunden sollen ab 1. Oktober mit je 8 Mark für die ersten beiden, mit je 10 Mark für die nachfolgenden Ueberstunden bezahlt werden. — Die Annahme dieser Vereinbarungen durch die Organisationen kann als gesichert gelten.

**Eine Million Wohnungssuchende.** Nach einer amtlichen Feststellung muß jetzt die Zahl der Wohnungssuchenden auf weit über eine Million geschätzt werden. Sie beträgt allein in Berlin über 100 000. Während vor dem Kriege in Deutschland jährlich über 200 000 Wohnungen errichtet wurden, ist jetzt im Laufe von zwei Jahren nicht viel mehr als die gleiche Zahl fertiggestellt worden.

### Aus Stadt und Land.

**Waldschäfer in einer Polizeihunderttschaft.** Wegen die Angehörigen der ehemaligen „Hunderttschaft“ zur besonderen Verwendung in Charlottenburg, den Polizeiwachmeister Erben und den Polizeihauptwachmeister Meyer ist die Anklage wegen Mordes erhoben worden. Es wird ihnen zur Last gelegt, am 15. Juni 1921 den Oberwachmeister Buchholz ermordet zu haben, um zu verhindern, daß Buchholz, gegen den ein Verfahren wegen Unterschlagung eingeleitet war, politische Nachforschungen der Hundertschaft verrate. Der Prozeß wird in der nächsten Schwurgerichtstagung des Landgerichts III zu Berlin zur Verhandlung kommen. Die Angeklagten bestreiten jede Schuld.

**Zur Verhaftung des Rappisten Schiele** wird noch mitgeteilt, daß der vom Oberreichsanwalt wegen Hochverrats verfolgte Arzt und Volkswirtschaftler Dr. Georg Schiele beim Versuch, die Grenze zu überschreiten, von der bayerischen Grenzpolizei festgenommen wurde. In seinem auf einen anderen deutschen Namen ausgestellten Paß fehlte der Ausreisepflichtvermerk, wodurch die Beamten auf ihn aufmerksam wurden. Der Festgenommene wurde darauf nach München zur Polizeidirektion gebracht. Er ist dem Gericht eingeliefert worden, wo er bis zur weiteren Entscheidung des Oberreichsanwalts bleiben wird. — Dr. Schiele war von der „Rapp-Regierung“ als Wirtschaftsmann auserkoren.

**Todesurteil einer Turnierreiterin.** Beim Springen um den Damenpreis des Münchener Reit- und Fahrturniers hat die Turnierreiterin Frau Dr. Baermann einen tödlichen Sturz erlitten. Beim Nehmen eines Hindernisses sprang sie ihr Pferd. Die Reiterin lag über den Kopf des Pferdes hinweg und kam mit dem Gesicht auf die Erde zu liegen; in demselben Augenblick fiel ihr das Pferd so unglücklich auf den Rücken, daß Frau Dr. Baermann tot vom Plage getragen werden mußte.

**Meinernde deutsche Matrosen.** In München trafen 22 Matrosen eines deutschen Dampfers unter Bedeckung ein, die an das Hamburger Seemannsgericht abgeliefert werden sollen. Die Matrosen stellen auf hoher See unter Drohungen an den Kapitän Lohnforderungen, weshalb dieser gezwungen wurde, im Erntest zu landen, wo die Matrosen der Polizei übergeben wurden.

**Eine glückliche Stadt.** Eine Stadt ohne Erwerbslosenfürsorge ist Bamberg. In einer Stadtratssitzung wurde festgestellt, daß zurzeit die Erwerbslosenfürsorge ziemlich außer Wirksamkeit getreten sei. Es seien nur noch einige kränkliche Erwerbslose in der Stadt, und es bestehe auch die Aussicht, daß im absehbarer Zeit eine Aenderung nicht eintreten werde.

**Das Grab des Apostels Johannes.** Bei Ausgrabungen in Ephesus wurden bedeutende Teile der Kirche des Evangelisten Sankt Johannes freigelegt, besonders die Krypta, die als Grab dieses Apostels betrachtet wird.

**Die Schiffskatastrophe in der Gelben See.** Bei dem Untergang des Dampfers „Rowan“ sind nach einer Mitteilung des Schiffseigentümers 25 Personen umgekommen, und zwar werden 14 Fahrgäste und 11 Mann von der Besatzung vermißt. Unter den Vermißten befindet sich auch der Kapitän des Schiffes.

#### Kleine Nachrichten.

— In Bielefeld sind die Buchdruckerhilfen in den Auslande getreten. Von den bürgerlichen Blättern wird eine gemeinsame Rotzeitung herausgegeben.

— Der seit Wochen andauernde Streik der Straßenbahnen in Kagen ist infolge der Schiedsprüche des vom Reichsarbeitsminister beauftragten Demobilisierungskommissars gestern zu Ende gegangen.

### Gerichtssaal.

**Das Urteil im Saal.** 1908 Hemberger. Der Nord an dem Oberlehrer Hemberger in Berlin hat eine für das Volksempfinden ganz und gar unverständlich milde Sühne gefunden. Der Angeklagte Proge, ein Reife der Gattin Hembergers, wurde wegen vorsätzlicher Tötung, ausgeführt ohne Ueberlegung, unter Zustimmung mildernden Umstände in fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Frau Hemberger, die den Leichnam ihres Gatten gestrichelt und beiseite geschafft hat, erhielt nur zwei Jahre und sechs Monate Gefängnis, wovon die Hälfte als durch die Unteruchungshaft verbracht angerechnet wurde. Die Geschworenen hatten bei der Angeklagten die Schuldfrage auf Anstiftung zum Mord verneint und lediglich Begünstigung nach der Tat als erwiesen angesehen.

**Das Urteil gegen die Danziger Kommunisten.** Das Danziger Schwurgericht hat nach achtstägiger Verhandlung die kommunistischen Abgeordneten Kahn und Schmidt, die beschuldigt wurden, daß gegen den Paragrafen 105 des Strafgesetzbuches (Eprengung einer gefahrdrohenden Äußerung oder Föhtigung zur Fassung oder Ausräumung von Beschlüssen), vergangen zu haben, zu je einem Jahre Gefängnis verurteilt. Zwei Monate Untersuchungshaft wurden angesetzt. Der Haftbefehl wurde aufgehoben. Das Vorgehen, das von beiden kommunistischen Abgeordneten zur Last gelegt wird, wird bekanntlich darin erkscht, daß beide am 4. August im Verlauf eines Tumultes einen bürgerlichen Redner mit Gewalt am Sprechen verhinderten. Der Danziger Polizeisenator nahm das zum Anlaß, beide Abgeordnete durch Sühnezeitpolizei zu verhaften und aus dem Sitzungssaale abzuführen zu lassen.

### Bereine und Versammlungen.

**Die Forderungen der Auslandsdeutschen.** Der Bund der Auslandsdeutschen hat in einer von 2000 Auslandsdeutschen besuchten außerordentlichen Versammlung in B B in eine Entschlieung angenommen, in der es heißt, daß in den Kreisen der Auslandsdeutschen eine immer stärker werdende Unruhe darüber herrsche, daß bis heute die Ausführungsbestimmungen zu dem Entschädigungsgesetz noch nicht erlassen seien. In einer weiteren Entschlieung kam die Unzufriedenheit der Auslandsdeutschen zum Ausdruck, daß ihnen im Gefolge nur eine Entschädigung von 50 v. H. zugesprochen wurde.

**In einem Diplom-Ingenieur-Tage** werden sich zum ersten Male nach Kriegsende die deutschen Diplom-Ingenieure zusammenfinden. Der Verband deutscher Diplom-Ingenieure ist eine parteiliche, unpolitische Standesvereinigung, welche die Vertretung der Standesinteressen der Diplom-Ingenieure im Rahmen der Gesamtinteressen des Volkes zu erfüllen und die Verantwortlichkeit über Wesen und Wert technischer Arbeit aufzuklären sucht. Dieses Mal wird die Stadt Essen der Ort dieser wichtigen Tagung sein, die weit über die Kreise der Diplom-Ingenieure hinaus für Technik und Wirtschaft von großer Bedeutung sein wird. Gleichzeitig mit dieser Tagung Ende Oktober hält der Verband deutscher Diplom-Ingenieure seine Ausschusssitzung in Essen ab, wozu Vertreter der Bezirksvereine aus dem ganzen Reich entsandt werden.

### Volkswirtschaft.

**Anhäufung französischer Warenvorräte in Düsseldorf und Duisburg-Ruhrort.** Wie vorausgesehen war, haben die Franzosen, die das besetzte Gebiet unter dem Schutze der „Sanktionen“ mit französischen Waren aller Art vollgepfropft haben, die Zeit bis zur Aufhebung der Zwangsmassnahmen noch schnell dazu benutzt, möglichst große neue Warenmengen in das besetzte Gebiet hineinzupressen. Wie aus dem besetzten Gebiet berichtet wird, haben die Franzosen in Düsseldorf und Duisburg-Ruhrort, also in den Städten, wo die widerrechtlichen militärischen „Sanktionen“ unter Verletzung des Völkerrechts, des Friedensvertrages und des Rheinlandabkommens noch aufrechterhalten werden, große Lager eingerichtet, die mit Waren aller Art, besonders mit Autobereifungsmaterial und anderen Gummiwaren sowie mit Textilwaren, angefüllt sind. Aus diesen Lagern können die Franzosen nun







# Beilage zur Weisheit-Zeitung

Nr. 240

Donnerstag den 13. Oktober 1921

87. Jahrgang

## Politische Rundschau.

Die Unstimmigkeiten im mehrheitlich sozialistischen Lager. Der in Berlin wiedergewählte Vorstand der S. P. D. versucht den täglich stärker werdenden Widerstand gegen die Parteitagbeschlüsse, insbesondere den Beschluß über die Regierungsbildung, durch einen Aufruf „An die Partei“ zu brechen. „Durch seinen Beschluß zur Frage der Regierungsbildung“, so heißt es in dem Aufruf, „hat der Parteitag dem Parteivorstand die Bewegungsfreiheit gegeben, deren er bedarf, um die Interessen der Partei und des arbeitenden Volkes nach allen Seiten hin nach bestem Wissen und Gewissen zu vertreten. Das Ziel der Sozialdemokratischen Partei ist die Errichtung einer sozialistischen Regierung. Koalitionspolitik treibt sie nur unter dem Zwange der Not, nicht einer der bürgerlichen Parteien zuliebe.“

Die Sozialisten zum Wiesbadener Abkommen. Der in Essen tagende 10. deutsche Sozialistenkongress legte in einer einstimmig angenommenen Entschließung das Abkommen von Wiesbaden und spricht seine Befriedigung aus, daß auf dem Wege der direkten Verständigung es gelungen ist, eine erste feste Brücke zwischen Frankreich und Deutschland zu schlagen. Der Kongress ist sich einig in der Forderung, daß von deutscher Seite alles geschehen müsse, um die übernommenen Verpflichtungen in loyaler Weise zu erfüllen. Er erwartet auch, daß das französische Volk in diesem Abkommen den ehrlichen Willen zur Wiedergutmachung seitens der Mehrheit des deutschen Volkes erkennt.

Entschritten an Deutschland. Der amerikanische Schiedsrichter Hines hat Deutschland für die an Frankreich abgelieferten Binnenfahrzeuge und Hafeneinrichtungen auf Reparationskonto die Summe von 15 450 000 Goldmark gutgeschrieben; die an die Tschekoslowakei auf der Donau abgetretenen Schiffe sind mit 338 940 Goldmark bewertet worden, die Schiffe auf der Elbe mit 8 350 000 Goldmark. Hines kehrt nach New York zurück. Die Vortischkonferenz hat auf sein Verlangen seinen Mitarbeitern Price und Blagett den Auftrag erteilt, die Schiedsgerichtsarbeiten fortzusetzen.

Ein Führer der Kabbisten verhaftet. Der Arzt und Volkswirt Heinrich Wilhelm Schiele aus Raumburg an der Saale, einer der acht Kabb-Bücher-Führer, gegen die vom Oberreichsanwalt Haftbefehl wegen Hochverrats erneut erlassen wurde, ist am Sonntag in München festgenommen worden.

Bayern und Tirol. Die Meldungen, daß zu den Bestrebungen der Tiroler, eine selbständige Republik Tirol zu proklamieren, auch Wünsche der bayerischen Monarchisten kämen, die eine Vereinigung Bayerns mit Tirol unter den Mittelbäthern anstrebten, bemerkt die offiziöse „Bayerische Staatszeitung“: Nur Phantasten und Tollhäuser könnten den zur Verwirklichung solcher Pläne unbedingt nötigen Umsturz unternehmen und sich von ihm Erfolg versprechen. Das bayerische Volk in seiner erdrückenden Mehrheit lehne einen derartigen Wahnsinn als Verbrechen an Land und Reich entschieden ab.

Ueber die Verwendung der Ludendorffspende wurden in einem Berliner Abendblatt allerhand dunkle Andeutungen gemacht. So wurde die Frage gestellt, ob die fehlenden 100 Millionen seinerzeit zur sozialdemokratischen Wahlpropaganda zur Nationalversammlung verausgabt worden seien. Weiter hieß es da, ob sich Parteien und Organisationen nicht „der dunklen Angelegenheit“ annehmen wollten, oder ob sie etwa „Mithras dieses größten Betruges“ wären? Zum Schluß wurde eine Abrechnung und das Eingreifen von Reichstag und Reichsanwalt gefordert, um den „größten, unerhörtesten Skandal der Weltgeschichte“ aufzudecken. Demgegenüber stellt das Reichsarbeitsministerium in einer amtlichen Zuschrift an die Presse fest, daß die für die unter dem Namen Ludendorffspende Kriegsbeschädigtenfürsorge aufgedachten Mittel — rund 160 Millionen Mark — zum überwiegenden Teil in den Händen des Reichsanwalts verblieben, in denen sie gesammelt wurden. Sie wurden und werden hier von den Hauptfürsorgestellen der Kriegsbeschädigtenfürsorge gemäß den bei der Sammlung angegebenen Zweckbestimmungen und somit dem Spenderwillen entsprechend lediglich zur Ergänzung, nicht aber zur Entlastung der Reichs-, staatlichen und kommunalen Fürsorge verwandt. Dabei wirken die Kriegsbeschädigtenorganisationen mit. Nur ein Bruchteil der Sammlungserträge wurde und wird als Reichsausgleichsfonds unter Mitwirkung der Spitzenorganisationen von dem Reichsauschuß der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge zugunsten wiederum ergänzender allgemein deutscher Kriegsfürsorgezwecke verwaltet. Dabei wirken die Spitzenorganisationen der Kriegsbeschädigtenfürsorge mit. Aus diesem Tatbestand geht die technische Unmöglichkeit hervor, die Mittel der Ludendorffspende zur Finanzierung der Wahlpropaganda zu verwenden.

Stresemann zur Regierungsbildung. Auf dem niederrheinischen Parteitage der Deutschen Volkspartei führte Dr. Stresemann in einer Rede über die innere politische Lage aus, daß viele unzutreffende Nachrichten über die Regierungsbildung in die Presse gelangt seien. Weder habe man der Deutschen Volkspartei zugemutet, ihrerseits grundsätzliche Erklärungen vor Eintritt in die Regierung abzugeben, noch habe die Deutsche Volkspartei das von anderen Parteien verlangte. Die Aufgabe der Parteivertreter sei gewesen, ein sachliches Programm aufzustellen, auf das die breite Koalition sich aufbauen könnte. Das sei zum größten Teil gelungen, und namentlich innerhalb der bürgerlichen Koalitionsparteien habe sich eine weitgehende, wenn nicht

vollige Uebereinstimmung über die einzuschlagenden Wege. Dagegen sei in der Frage der Aufbringung der finanziellen Mittel noch eine Differenz der Anschauungen mit der Sozialdemokratie, die aber nicht unlösbar erscheine. Der Gedanke der breiten Koalition sei so unbedingt der Ausfluß politischer Notwendigkeit, daß er sich durchsetzen werde, auch wenn der Weg zur Erfüllung des Zieles noch über mancherlei Enttäuschungen führen würde.

Gründung eines Verbandes der Erzberger-Bünde. Die Erzberger-Bünde von Rheinland und Westfalen traten zu einer Delegationsitzung zusammen. Mit einstimmigem Beschluß erfolgte die Gründung eines Verbandes der Erzberger-Bünde Deutschlands. Es wurde die Herausgabe eines Verbandsorgans beschlossen, das wöchentlich erscheinen soll.

Neue Botschaften in München. Die mehrheitlich sozialistische „Münchener Post“ setzt ihre Enthüllungen über die Zusammenhänge zwischen den Rechtskonservativen in Oberschlesien und im Oberbayern fort und erzählt, daß der stellvertretend verfolgte ehemalige Privatdozent Dr. Arnold Ruge, der in dem Telegramm der Geheimbündler „Geheimrat Berger“ genannt wird, an einer Führerbesprechung in München teilgenommen habe, in der die Rolle der Arbeitsgemeinschaften ehemaliger Freischärler in einem für November geplanten Rechtsputsch festgelegt wurde. Es sollte ein Vorkriegsputsch vorgetrieben werden, der die Gewaltaktion der Nationalisten zu motivieren hätte. Die „Münchener Post“ bleibt bei ihrer Behauptung, daß die „Reichsfahne Oberland“ das Zentrum der Botschaften ist, daß ihr ein sogenanntes „Kollisionsmando“ zur gewaltsamen Beseitigung von Verrätern und ein „Einbruchkommando“ zur Erlangung wichtiger Altkunde angegliedert sei.

Die Kreditaktion der Industrie. Unmittelbar nach der Rückkehr des Reichszanklers von seiner Erholungsreise sollten Besprechungen der Regierung mit Vertretern der Industrie, des Handels, der Banken usw. über die Frage stattfinden, wie der Reichsregierung Gold und Devisen zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen zur Verfügung gestellt werden können. Diese Besprechungen sind vorläufig verschieben worden, da die Besprechungen innerhalb der einzelnen Gruppen noch nicht abgeschlossen sind.

## Deutschlands Zukunft.

Mit der „Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“ des Deutschen Reiches befaßt sich Großadmiral v. Tirpitz in einem soeben erschienenen beachtenswerten Aufsatz. Eingehend beschäftigt sich Tirpitz mit unserem Verhältnis zu England vor dem Kriege und zeigt dabei, daß es fast zwangsläufig zum Kriege kommen mußte, da Englands Handel und Industrie sich durch die schnell wachsende deutsche Konkurrenz bedroht sah. Und das duldet Albion nicht! Dann wendet sich der Großadmiral den innerdeutschen Verhältnissen zu, indem er betont:

Wir alle hoffen heute auf eine Neubelebung deutschen Gemeinheitsgeistes und damit auf einen Wiederaufstieg unseres in tiefen zerrissenen Vaterlandes. Die Männer, die hieran arbeiten, werden sich aber klar werden müssen, wie schwierig ein solcher ist. Die Annahme einer Analogie mit der Lage des deutschen Volkes im vorigen Jahrhundert würde zu einer falschen Rechnung führen. Damals war die moralische und physische Kraft unseres Volkes im wesentlichen völlig ungebrochen, und der von den Vätern übernommene Staatsapparat war sowohl in Preußen wie in den wichtigsten anderen deutschen Ländern erhalten geblieben. Die Reform der zutage tretenden Mängel wurde überall und sofort nach dem Zusammenbruch mit Energie und Weitblick in Angriff genommen; mit welchem Erfolg, beweist der Ausbruch Napoleons auf St. Helena: der größte Fehler, den er je gemacht hätte, bestände in der Unterlassung der völligen Vernichtung des preussischen Staates beim Frieden von Tilsit. Diesen Ausbruch haben unsere Feinde, wie wir leider erleben mußten, sich wohl genützt und brutal danach gehandelt.

Wenn heute unsere organisierte Macht auch gering ist, so trägt eine große Nation trotzdem auch ohne Waffen durch ihr bloßes Vorhandensein ein erhebliches Maß von Macht in sich selbst, wenn sie auch außen einig ist, und wenn sie der Staatsleitung denjenigen Spielraum zubilligt, der notwendig ist, um die Interessen und Geschicke des Gesamtdeutschens mit persönlicher Verantwortung vertreten zu können. Diese Möglichkeit hat die Reichsleitung nach der heutigen Verfassung nicht. Finden wir nicht die Verfassungsreform, die unserer Eigenart und der geschichtlichen Entwicklung unseres Staates entspricht und Innen wie nicht unser ganzes Volk mit nationaler Bestimmung erfüllen, so werden wir weiter niedergehen und das deutsche Volk wird aus der Reihe der großen Völker rasch verschwinden.

Dem deutschen Volk wird die Gunst des Geschickes nicht noch einmal den Spannungsraum von Jahrhunderten zur Erneuerung gewährt, wie sie nach den unglückseligen großen Religionskriegen ihm wurde. Dafür ist das Tempo der Entwicklung ein zu schnelles geworden. Ein alter Mann wie ich wird die Strahlen einer aufgehenden Sonne nicht mehr erleben können! Wenn ich die Hoffnung auf ihr Kommen aber wieder gefunden habe, so verdanke ich das in hohem Maße der starken vaterländischen Bewegung, die namentlich unsere aufsteigende Jugend heute durchströmt, eine Bewegung, die, so Gott will, unser ganzes Volk einmal erfassen wird.

## Berlin, wie es ist und wurde.

XI.

Das wachsende Berlin der Neuzeit. Das Jahr 1848 bildet auch für Berlin die Grenzmarke zwischen zwei Epochen. Aus kleinen wurden Mittelsstädte, aus diesen Großstädte, wie sie unser Planet in solcher Anzahl und solchem Umfang nie vorher gekannt. Amerika und England gingen darin voran; Deutschland folgte erst langsam, dann nach 70 im Geschwindigkeitsschritt. Und natürlich profitierte Berlin wiederum zuerst von diesem Aufschwung Deutschlands und Preußens. Schon vor 1870, langsamer während der 50er Jahre, schneller während der 60er, dehnte sich die Stadt an der Spree aus. Vorfür gründete seine große Lokomotivfabrik, Schwarzkopff und andere folgten nach. Auch andere Industrien wuchsen hier schnell empor. Der junge Kleie Berlin sprengte nun die letzten Reste der alten Stadtmauer. 1873 wurde — hauptsächlich aus militärisch-strategischen Gründen, um die aus allen Himmelsrichtungen in Berlin mündenden Bahnen zu vereinen und die schnelle Beförderung der Truppen von Ost nach West, von Süd nach Nord zu ermöglichen — die Stadtbahn gebaut, die naturgemäß im Frieden dem Wachstum Berlins zugute kam, ja dieses überhaupt erst ermöglichte.

Riesige neue Straßenzüge entstanden auf Kartoffel- und Kornfeldern, auf Wiesen und Gärten. Der Schöneberger Millionenbauer im Westen, dessen Grund und Boden man buchstäblich mit Gold belegte, wurde eine populäre Figur. Aber auch im Norden, Süden und Osten der Stadt trat das Gleiche ein. Bautätigkeit und Grundstücksandel bereicherten ganze Schichten. Auch damals entstand eine Klasse von „neuen Reichern“, nur auf gesunderer Grundlage. Das waren nicht Papiervermögen wie heutzutage, wirkliche Goldwerte wurden hier umgesetzt. Im Berlin dieser 70er Jahre lag das Gold wirklich auf der Straße; und aus ganz Deutschland strömten nun alle jungen und energischen Elemente nach der Hauptstadt des neuen Reiches, nicht zu Hunderten und Tausenden wie einst in den Aufschwungsepochen des großen Friedrich und seines Vaters, sondern zu Hunderttausenden. Amerikas riesiges Stadtwachstum wurde erreicht und überholt. Aus einer verhältnismäßig ruhigen Großstadt mit nicht allzu lebhaftem Puls, die noch die Züge des Provinzialhandels, der alten Militär- und Beamtenstadt, des handwerklichen Betriebes aufwies, wurde das fieberhaft arbeitende, menschenwimmelnde Weltstadtbabel der neuen und neuesten Zeit.

Noch erinnert sich der ältere Berliner jener ruhigeren Epoche der sechziger und ersten siebziger Jahre; einige ganz alte Köpfe sogar noch bis in die fünfziger Jahre zurückdenken. Ich selbst wuchs im Berlin jener Bismarck-Epoche auf. Wir wohnten damals in einem großen Hause der Taubenstraße, dicht am Schauspielhaus und Gendarmenmarkt, auf dem ich das Schillerdenkmal einweihen sah. Dicht daneben lag ein kleines Barockhäuschen mit einer entzückenden Freitreppe aus der Kurfürstzeit, das als Jagdhäuschen (damals mitten im Tiergarten, der bis zur Spree ging) gedient hatte. Die Taubenstraße mündete in den Bullenwinkel. Der war ein Ueberbleibsel aus Berlins Festungszeit, ein gewölbter Tor- und Wallgang durch die alte Stadtmauer auf den Hauptvogelplatz hinaus. Davor floß der schwarze Graben, der ehemalige Wallgraben, den eine kleine hölzerne Brücke überbrückte. Auch der Krögel (am Mollenmarkt) ist noch so ein altes Ueberbleibsel, das noch heute existiert. Die alten Wallgräben und Wasserläufe hat man längst beseitigt, auch den Königsgraben (am Alexanderplatz), auf dessen zugeschüttetem Boden heute die Stadtbahn läuft. Wir Knaben konnten noch ungeschädigt auf dem Damm jener Duerstrassen der Friedrichstraße spielen; nur selten führte uns eine langsam vorüberziehende Droschke, die man später „zweite Klasse“ nannte, als Anfang der siebziger Jahre die „erste“ aufkam. Auch die alten „Königssteine“ (Königssteine zu meiner Zeit) flossen noch träge dahin, an den Straßenecken und Hausstufen mit Brettern überdeckt, den Ratten und unseren Papierschiffchen Unterschlupf und Spielraum gewährend. — Noch sehe ich die kleinen, zweistöckigen Häuschen der Friedrich-, Tauben-, Jäger- und Mohrenstraße im Geiste, nur selten (wie unser eigenes Haus) von Drei- und Vierstöckern überragt, fern von jedem Konfort der Neuzeit, nicht immer mit Wasserleitung und W.C., aber schon meist in den besseren Vierteln mit Gas versorgt. Viele dieser kleinen Häuser gingen noch bis auf die Mitte und das Ende des 18. Jahrhunderts, andere auf die Wiederherstellungszeit zurück. Der Riese wuchs und wuchs bis 1914. Sobald wir wieder die Kriegsfesseln abgeschüttelt haben werden, wird er weiter wachsen.

Robert Misch.

## Aus Stadt und Land.

Heimkehr aus Russland. Die Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Der Dampfer „Wigbert“ ist von seiner fünften Fahrt von Noworossisk erneut in Triest eingetroffen. Er hat 1186 Heimkehrer, darunter 266 Reichsdeutsche an Bord. Diese Reichsdeutschen werden dem Durchgangslager Delfeld zur Entlassung zugeleitet. Der Dampfer „Brillant“ ist inzwischen in Odessa eingetroffen, hat dort Heimkehrer an Bord genommen und befindet sich zurzeit auf der Fahrt nach Noworossisk, wo die Heimkehrer von dem etwa am 12. Oktober dort eintreffenden Dampfer „Harald“ an Bord genommen und nach Triest gebracht werden. Aus Petersburg ist am 6. Oktober der Dampfer „Arnold“ mit 250 Heimkehrern aller Nationalitäten ausgelaufen, des Weiteren hat am 8. Oktober der Dampfer „Herbert“



Dorn" mit 420 österreichisch-ungarischen Heimkehrern den Weg verlassen.

**Die Streikbewegung in der heimischen Industrie.** In Griesheim hatten sich die Arbeiter für Wiederaufnahme der Arbeit ausgesprochen. Sie erschienen denn auch Montag früh in den Betrieben. Hier waren Plakate der Betriebsleitung angeschlagen, die Grundzüge über die Aufnahme der Arbeit enthielten. Darauf verließen die Arbeiter sofort wieder die Werke. Sie wollen in einer Versammlung zu den neuen Bedingungen der Betriebsleitung noch Stellung nehmen.

**Gefallenen-Gedenkfeste in München.** Die bayerische Landeshauptstadt veranstaltete am Sonntag zum Andenken der im Weltkriege gefallenen 13 000 Münchner eine eindrucksvolle Trauerkundgebung. Zu der Trauerfeier auf dem Königsplatz hatte sich eine unerschöpfliche Menge, die Hinterbliebenen der Gefallenen, die Kriegervereine und die Studentenschaft mit ihren umflorten Bannern, die Reichswehr in Waffen, die Spitzen der staatlichen und städtischen Behörden, die bayerischen Heerführer aus dem Weltkriege mit einer großen Anzahl ehemaliger Offiziere und Kriegsteilnehmer eingefunden. Kardinalerzbischof von Faulhaber sprach in seiner ergreifenden Ansprache die Hoffnung aus, daß die Totenfeier von der Entente nicht wieder als eine neue militärische Kundgebung angesehen werde. Wir haben Krieg genug gehabt. Wir haben genug Wunden zu heilen. Um der Toten willen solle man den Lebenden helfen und die Hinterbliebenen und Invaliden nicht mit Hungerrenten abspesen. Die Gefallenen hätten ein Recht darauf, daß ihre Hinterbliebenen vom dankbaren Vaterlande wirtschaftlich versorgt würden. Hier gelte es, ein Denkmal der sozialen Verpflegung zu errichten, um im Frieden die Wunden des Krieges zu heilen. Der Rede des Kardinals folgte ein feierliches Requiem mit militärischer Ehrenbegleitung. Der weltliche Trauerakt wurde mit Fanfarenmärschen und Musikvortrügen eingeleitet. In den Ansprachen wurde die ernste Bedeutung des Tages hervorgehoben und das Gelübnis abgegeben, für die Hinterbliebenen und Kriegsinvaliden nach besten Kräften zu sorgen. Der Ertrag des Opfertages ist zur Schaffung eines Ehrenmals für die Gefallenen und zur Unterstützung bedürftiger Opfer des Krieges bestimmt.

**Eisenbahnunfall in Deutschböhmen.** In der Station Bodenbach (Böhmen) ereignete sich ein schweres Jugunfall. Ein Weichenwärter hatte vergessen, vor dem Einfahren des Dresdener Schnellzuges in den Bodenbacher Bahnhof die Weiche richtig zu stellen, wodurch der Zug auf ein falsches Gleis kam und in eine Verschubgarnitur hineinfuhr. Beim Zusammenprall wurden mehrere Eisenbahnwagen zertrümmert. Sechs Personen wurden schwer verletzt. Die ganze Strecke ist mit Gütern überfüllt. Der Sachschaden wird auf etwa eine Million tschechischer Kronen geschätzt.

**Graf Perchensfeld in Dypau.** Der neue bayerische Ministerpräsident Graf Perchensfeld hat sich nach seinem Antrittsbesuch in Stuttgart nach Dypau begeben, um sich über den Fortgang der Wiederaufbauarbeiten zu unterrichten. Er wird noch andere pfälzische Städte besuchen und dabei weitere Fabrikanlagen besichtigen. Den Betriebsräten wird Gelegenheit gegeben werden, ihre Wünsche unmittelbar vorzubringen.

**Teilweise Arbeitsaufnahme im Berliner Metallstreik.** Die Abteilung 1 des Zentralverbandes der Hotels, Restaurant- und Cafe-Angestellten hat der Lustrikt aus diesem Verband beschlossen und einer Reichsverband der Geschäftsführer und Hotelbeamten Deutschlands gebildet. Der Vorstand dieses Verbandes hat mit der Arbeitgebergemeinschaft der Arbeitgeberorganisationen ein Tarifabkommen getätigt, das den berechtigten Wünschen der Hotelbeamten und Geschäftsführer entspricht. Der Vorstand fordert alle Hotelbeamten und Geschäftsführer auf, sich unverzüglich an ihre Arbeitsstätten zu begeben und die Arbeit aufzunehmen. Die oben angeführte Fachgruppe des Zentralverbandes umfaßt etwa 1000 der wichtigsten Angestellten des Gastwirts- und Hotelgewerbes und ihr Beschluß kann für den Ausgang des Streiks daher bedeutungsvoll werden.

**Ausverkauf in den schlesischen Grenzstädten.** Dieselben Vorgänge wie in Wien spielen sich zurzeit auch in einigen Grenzstädten des besetzten Gebietes ab. Wie der „Post. Ztg.“ a. B. aus Lachen berichtet wird, steht die Stadt seit einigen Tagen im Zeichen des wilden Sakrausverkaufs. Die Einkäufe der Belgier und Holländer haben hier ganz ungewöhnliche Formen angenommen, welche die Bevölkerung stark zu beneidigen beginnen, da sie sich nicht nur auf Luxusgegenstände, wie Kleider, Schmuckstücke, Spielzeug, Lederwaren usw. beschränken, sondern ebenso stark auch auf die wichtigsten Bedarfsartikel ausdehnen. Es sind selbst lebensnotwendige Waren, wie Haushaltsgegenstände, Kinderbetten, Kinderwagen, sogar gewisse Baumaterialien, wie Fensterrahmen u. ä. ausverkauft. In vielen Läden sind fast nur ausländische Waare zu sehen. Die Preise steigen täglich.

**Kommunistischer Proteststreik in Saarbrücken.** Als Protest gegen die Entsendung der saarländischen Delegation nach Genf, der sie die Berechtigung abspricht, im Namen der gesamten saarländischen Bevölkerung gegen die Einföhrung der Frankennährung im Saargebiet Einspruch zu erheben, ruft die kommunistische Partei zum Generalstreik und zu Demonstrationen für den Franken auf.

**Die Zerstörung der Hindenburgbrücke bei Malesheim.** die auf Grund des Friedensvertrages gefordert worden ist, soll nach neuen Verhandlungen erst nach Ablauf der Besatzungsfrist erfolgen.

**Dampferzusammenstoß in der Arischen See.** Reuters meldet aus London: Der Dampfer „Rowan“ ist auf der Fahrt von Glasgow nach Dublin im Arich of Clyde bei dichtem Nebel nacheinander mit zwei Dampfern zusammengestoßen und untergegangen. Der Dampfer hatte 37 Mann Besatzung und 56 Fahrgäste an Bord. 24 Mann der Besatzung und 53 Fahrgäste wurden gerettet. Von den Fahrgästen sind nach der Rettung noch zwei gestorben.

**Kranzweises Aricardemal auf dem Erden...**

rer Höhen. Die wiederholt verschobene Grundsteinlegung des französischen Denkmals zum Gedächtnis der Schlacht bei Spichern (8. August 1871) findet am 23. ds. Mts. statt. Das Ehrenpräsidium hat der 81 Jahre alte General Parrizot übernommen, der die Schlacht als Hauptmann mitgemacht hat.

#### Kleine Nachrichten.

Der Buchdruckerstreik in Darmstadt ist nach achtstägiger Dauer beigelegt worden.

Der letzte Militärtransport von deutschen und österreichischen Kriegskindern, etwa 500 an Zahl, ging von Stockholm ab. Hiermit ist die schwedische Hilfsstätigkeit für Kriegskinder beendet.

Der bayerische Reichsrat Cramer-Klett ist in den Karthäuser-Orden eingetreten.

### Gerichtssaal.

**Zuchthaus für kommunistische Verschwörer.** Vor dem Schwurgericht in Dessau hatten sich zehn der kommunistischen Arbeiterpartei angehörende Arbeiter zu verantworten, die sich im März ds. Js. im Zusammenhang mit den Märzunruhen einer Dynamitverschöndung schuldig gemacht hatten zu dem Zwecke, die mehrheitssozialdemokratische „Volksmacht“ in Vornburg und eine Eisenbahnbrücke in der Nähe dieser Stadt in die Luft zu sprengen. Der Hauptsträflersführer und Vorsitzende der K. A. P. D. in Vornburg, der 23-jährige Arbeiter Brandenburger, wurde zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Gegen fünf weitere Angeklagte wurde auf Zuchthausstrafen von 1½ bis 7 Jahren erkannt. Vier Angeklagte wurden freigesprochen.

**Zum Tode verurteilt.** Das Schwurgericht in Aachen verurteilte den bisher unbestraften Landwirt Gerhard Wilhelm aus Paffenberg im Kreise Pellenberg, der wegen des Mordes an Maria Jahn angeklagt war, und dessen Schuld erwiesen wurde, zum Tode. Die Geschworenen empfahlen jedoch, durch ein Gnabengesuch die Milderung in eine Freiheitsstrafe zu erbitten.

**Das grüne Tuch der Eipo.** Bei der Einrichtung der preussischen Sicherheitspolizei im Jahre 1919 wurde das Tuch für die grüne Uniform bekanntlich nicht von der deutschen Tuchindustrie, sondern von England bezogen. Es wurden 700 000 Meter Tuch im Gesamtwert von 137 Millionen Mark in England aufgekauft. Die Staatsanwaltschaft hat ausgerechnet, was bei diesem Geschäft einschließlich des Salutzugewinns nach Deduktion sämtlicher Spesen für die Beteiligten ein Gewinn von 61 Millionen Mark übriggeblieben ist, und daß der preussische Staat etwa 25 Millionen Mark zuviel bezahlt hat. Die Hauptbeschuldigten, mehrere Kaufleute, haben sich jetzt vor der Kölner Strafkammer unter der Anklage des Preiswunders, Kettenhandels und Kapitalverschöndung zu verantworten. Unter den Zeugen befinden sich Minister Severing, Ministerialdirektor Freund und zahlreiche Beamte des Ministeriums des Innern und des Berliner Polizeipräsidiums.

### Sport und Verkehr.

**Die Reichsfahrt des Allgemeinen Deutschen Automobilklubs** fand mit den Berg- und Flachrennen bei Heilberg ihr Ende. An beiden Konkurrenzen beteiligten sich außer den Teilnehmern der Reichsfahrt auch Rennwagen, unter ihnen der Sieger Fritz von Opel auf seinem 8 PS-Opel-Siegerwagen. Wie zu erwarten war, konnte Fritz von Opel beide Konkurrenzen siegreich nach Hause fahren.

**Fußballwettkampf Berlin-Vajel 2: 1.** Das Mildspiel der beiden Fußball-Stadtmannschaften in Vajel brachte mit 2: 1 einen überraschenden Erfolg der Berliner Mannschaft, nachdem das erste Treffen in Berlin 3: 3 unentschieden geendet hatte. — Die Vorrundenspiele um den Fußball-Pokal gewannen in Breslau Mitteldeutschland und in Stettin Norddeutschland. — In München-Oldbach mußte Westdeutschland, der Pokalsieger von 1919, eine unerwartet hohe Niederlage von Süddeutschland hinnehmen, das mit 6: 1 gewann.

**Stapelweise Erhöhung der Eisenbahntarife?** Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat an das Reichsverkehrsministerium eine Eingabe gelangen lassen, die sich dagegen wendet, daß die Fahrpreise wieder generell in allen Wagenklassen die gleiche Erhöhung erfahren. Die Eingabe gibt Staffellungs-Vorschläge, die die finanzielle Leistungsfähigkeit des einzelnen Reisenden berücksichtigen soll. Die Preise für Wochenarten sollen nicht, für die 4. Wagenklasse um höchstens 10 v. H., die 3. um 25 v. H., die 2. um 40 v. H. und die 1. Wagenklasse um 50 v. H. erhöht werden. Für den täglichen Verkehr sollen beschleunigte Personenzüge oder Sitzzüge mit allen Wagenklassen ohne Zuschlag eingelegt werden.

### Schloß Damerow.

Ein Familienroman von Erich Knopp.

(1. Fortsetzung.)

„Detra-gehorchte.“  
Agnes von Hagen wurde aufmerksamer. Zugleich verfinsterte sich ihr Blick.  
„Hat mir vielleicht die Rolle einer Vermittlerin bei ihrem Lieben zugedacht oder etwas ähnlich Unmaßendes, hm?“  
„Nein, gnädige Baronesse. Es handelt sich um die Wohnung; es sind augenblicklich keine kleinen Frei.“  
„Und nun soll ich Rat schaffen, soll trotzdem ein behagliches Nest für sie ausfindig machen außer der Zeit. Ist's nicht so?“  
„Allerdings. Sie wollte gnädige Baronesse um Rücksprache beim Herrn Baron bitten.“  
„Nächtlich. Was das Volk sich alles einbildet! Schicken Sie die Mittelleiterin mal her, damit ich ihr den Kopf zurecht setzen kann“, befahl sie.

Aufstehend erschien Johann bald darauf wieder vor dem Mädchen, deren Augen gespannt an seines Ohren hingen. „Habe ein gutes Wort für dich eingelegt, Maria“, log er, „aber die Gnädige ist nicht

oatru zu haben. Komm jetzt mit. Sie will dich selber sprechen.“

Unter Vorantritt Johannes erreichte Maria Pöplau mit klopfendem Herzen die Empfangsstube des Schloßfräuleins, die sie schäktern und verjagt betrat. Agnes von Hagen hatte sich zwischen die beiden Fenster gestellt, um die Eintretende scharf mustern zu können. Sie war eine imponierende Frauenerscheinung mit stolzer, gebieterischer Haltung. Der hohe Wuchs und das Ebenmäßige ihrer etwas zur Keppigkeit neigenden Körperformen verlieh der Gestalt klassisch schöne Linien. Der Gesichtsauschnitt war edel; der Total-eindruck faszinierend, berückend. Dennoch hatte man nicht die Ueberzeugung, eine Dame Mitte der zwanziger vor sich zu haben, sondern schätzte sie nach ihrem ganzen selbstbewußten Gebaren für älter.

Den ungelassenen Knix, den Maria machte, schien sie nicht zu beachten, denn sie dankte nicht auf den Gruß. Stehend ruhten ihre Blicke auf dem hilflosen Geschöpf, das vor ihr stand und nicht recht wußte, wo es seine großen Hände lassen sollte.

„Nun, was gibst? Welche Angelegenheit führt dich zu mir?“ begann das Schloßfräulein in herrlichem Tone zu fragen, obgleich sie von der Sachlage schon unterrichtet war.

„Gnädige Baronesse möchte ich gebeten haben, beim gnädigen Herrn Baron ein Wort für mich — für uns einzulegen —“

„In welcher Sache?“

„Ich — — — ich bin mit August, dem jungen Rutscher, heimlich verprochen. Vater weiß noch nichts davon, denn ich wollt' erst sehen, wie das mit der Wohnung wär'. Wenn wir in den Insthäusern eine leere Stub' und Küche irgendwo kriegen —“

„Dann soll's mit der Heirat und allem Drum und Dran ohne Verzug losgehen, und so weiter, und so weiter.“ schnitt Agnes ihr das Wort ab. „Nein, daraus wird nichts! Kleine Wohnungen stehen nicht leer; auch seid ihr beide noch zu jung zum Heiraten und könnt warten. Der gnädige Herr Baron denkt in solchen Dingen wie ich; ihr braucht ihn deshalb nicht noch besonders anzugehen.“

„Ich werd' zu Michaeli schon zwanzig.“ wagte Maria zu flöttern.

Ein böser Blick traf sie für diese Vorwitzigkeit. „Schweig, Marzelle! Du bist nicht aufgefördert zum Sprechen. Eure Herrschaft weiß besser, was euch kommt. Spart erst so viel, daß ihr für die Kinder auskömmlich sorgen könnt, damit ihr nicht alle Jahre um Unterstützung zu Betteln braucht, wie der Stellmacher, der iberliche Mensch.“

Sie hatte mit steigender Schärfe gesprochen. Ueber der Nase lag eine schmale Hornesfalte. Die edlen Linien waren aus dem reizenden Gesichte plötzlich wie fortgewischt.

„Seid barmherzig, gnädiges Fräulein.“ flammte Maria näher hinzutretend und die gerungenen Hände erhebend. „Laßt euch erweichen.“

Ueber die Hüfte der Baronesse wurden wohnsallig noch finsterner. Mit einer abweisenden Geste hielt sie das Mädchen von einem Fußfall zurück.

„Geh' nach Hause und schick mir deinen Vater her!“ gebot sie.

„O mein Gott!“ wimmerte Marie verzweifelt. „Vater soll ja noch nichts wissen. — Ich wollt' Euch bitten, gnädige...“

„Tue, was ich dir befohlen habe.“ Klang es streng zurück.

Tränenden Auges schritt Marie, um alle Hoffnungen betrogen, aus dem reich ausgestatteten Gemach, während das Schloßfräulein sich auf ein Ruhebett niedergelassen ließ, um ihre unterbrochene Lektüre fortzusetzen. Immer waren ihre Brauen noch ergrünt zusammenggezogen. Ihre Augen besteteten sich war auf den Druck des Buches in ihrer Hand, aber abschneidend war sie noch nicht wieder bei der Sache. Die Erzählung verlief nicht nach ihrem Geschmack. Mit einer Weisheitsüberlegung hatte sie begonnen, und dennoch war ganz unmerklich das Schicksal zweier, verschieden gearteter Menschen darin verwebt, die sich wider Erwarten für das Leben zusammensanden. Also wiederum ein Liebesroman! Als wenn sich alles gegen sie verschworen hätte, und um ihr recht zu Bewußtsein zu bringen, daß das Erdendasein sich immer nur um das eine Wort drehte: die Liebe.

Ja, sie wußte es nur zu gut, die stolze, unnahebare Baronesse, daß erst die Liebe dem Leben Inhalt gab. Sie sehnte sich noch ebenso stark danach, wie in ihren jüngeren Jahren. Aber sie wollte nicht daran erinnert sein. Es war zu schmerzlich, immer an die Enttäuschung zu denken, die sie erlitten.

Woran hatte es gelegen, daß sie, ausgestattet mit so vielen körperlichen Vorzügen, nicht das Glück ihrer Geschlechtsgenossinnen teilte? Sie? von allem Adel — eine Baronesse?

Die Falten ihrer Nasenwurzel traten immer schärfer hervor. Die schwarzen Augen schillerten fremdartig. Der rote Mund, der zum Herzen und Rücken wie geschafften schien, wurde herb zusammengekniffen. Unwillkürlich krallten sich ihre Hände zu Fäusten.

Die schönsten Jahre waren unwiederbringlich dahin! Die Verhältnisse waren stärker gewesen als sie. Sie wußte, wer die Schuld trug, daß ihr Herz verflümmern mußte. Egon war es.

Waren es wirklich nur die unseligen Verhältnisse allein gewesen, die das Glück von ihrer Schwelle geschwendt? Sie hatte sich in letzter Zeit häufiger auf einem anderen, bisher fremden Gedankengang ertappt, der ihr Unbehagen verurteilte.  
Hätte ein Mann, der sie wirklich geliebt, sich durch Vorkommnisse zurückreden lassen, an denen sie ganz schuldlos war?

Sie konnte diese Frage nicht klar beantworten, denn ihre Erwägungen liefen immer wieder zu Egon zurück. O, wie sie ihn haßte, obgleich es ihr Bruder war! Niederschließen wie einen toten Hund wollte ihn der Vater, wenn er es jemals wagen würde, seinen Fuß wieder über die Schwelle des Schloßes zu setzen. Das hatte er damals gelobt, und so dachte er auch heute noch. Das wäre auch nach ihrer eigenen Ansicht das einzig richtige gewesen für all das Ungemach, das er auf die Familie gebracht hatte. —

(Fortsetzung folgt.)